



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.) Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich) (zu TOP 1)

30. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU) (AFKJ), Stefan Kämmerling (SPD) (AKo),
Andrea Asch (GRÜNE) (AFKJ) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss spricht sich für die Absetzung von Tagesordnungspunkt 5 aus, da der betreffende Antrag bereits im federführenden Ausschuss abschließend behandelt wurde.

1 Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11844

Stellungnahme 16/3875
Ausschussprotokoll wird erwartet

In Verbindung mit:**Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln**

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11896

Ausschussprotokoll 16/1351

- Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/11844 wird in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten angenommen.

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/11896 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei positivem Votum der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/11844 wird in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten angenommen.

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/11896 wird bei positivem Votum der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

2 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

- Abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12117 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten einstimmig angenommen.

3 Frühförderung in Nordrhein-Westfalen weiter stärken 27

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/10786

APr 16/1313

- Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuss einigt sich, den Tagesordnungspunkt ohne Votum zu schieben.

4 Rechte von Kindern und Jugendlichen in NRW stärken 28

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/12116

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Durchführung einer Anhörung.

5 Abschied von der Arbeitsgesellschaft – Im Informationszeitalter brauchen wir eine Volksabstimmung über das bedingungslose Grundeinkommen 29

Antrag
der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/11692

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 6 | Bilanz des Modellprojekts „Kein Kind zurücklassen“ | 31 |
| | Bericht der Landesregierung
Vorlage16/4037 | |
| 7 | Freiheitsbeschränkende Maßnahmen gegenüber Kindern mit geistiger Behinderung | 37 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4039 | |
| 8 | Bewilligungsstand Kinder- und Jugendförderplan des Landes | 41 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage16/4032 | |
| 9 | Haftbedingungen von jugendlichen Straftätern in Nordrhein-Westfalen | 42 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4066 | |
| 10 | BeWAK-Studie 2016 | 47 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4038 | |
| 11 | Verschiedenes | 50 |

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

1 **Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11844

Stellungnahme 16/3875
Ausschussprotokoll wird erwartet

In Verbindung mit:

Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11896

Ausschussprotokoll 16/1351

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzende Margret Voßeler weist auf einen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hin, der den Abgeordneten am 28. Juni 2016 per E-Mail zugeleitet worden sei.

Marcel Hafke (FDP) erläutert, warum die Maßnahmen seines Erachtens nicht ausreichend seien, und führt aus, Rot-Grün habe im Koalitionsvertrag versprochen, das Kinderbildungsgesetz auskömmlich zu finanzieren. Was die Koalition an weiteren Mitteln eingestellt gehabt habe, habe zu enormer Bürokratie geführt, und in der Anhörung sei erneut von fast allen Trägern zu hören gewesen, dass die Durchreichung der Betreuungsgeldmittel ein Tropfen auf dem heißen Stein sei und auch damit die Finanzierung nicht ausreiche. In diesem Zusammenhang erinnert der Redner daran, dass das Erzbistum Köln noch einmal ausdrücklich geschildert habe, wie die Finanzlage in den Kitas aussehe. Er betont, eine ausschließliche Weiterleitung der Bundesgelder und eine Aufstockung auf 3 % seien nicht das richtige Ergebnis. Das Ergebnis müsse eine auskömmliche Finanzierung sein, und dafür wäre jährlich eine wissenschaftlich gestützte dynamische Anpassung in Höhe von 1,5 % vorzunehmen; Diese Forderung hätten im Übrigen so gut wie alle Träger und betroffenen Kommunen unterstützt.

Der Abgeordnete richtet an dieser Stelle die Frage an die Landesregierung, warum sie diesen mutigen Schritt noch nicht gehe, obwohl „die Hütte in allen Bereichen brenne“. Es könnte jetzt unabhängig von einer Revision des KiBiz den Trägern eine vernünftige Finanzierung in den nächsten Jahren gewährleistet werden.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

In der Anhörung hätten alle Träger gesagt, dass sie keine Spitzabrechnung mehr wollten, wohl aber nach wie vor in einem pauschalen Modell bleiben wollten, wenn auch mit einer entsprechenden Anpassung in jedem Jahr, die sich auch an Mieten und Personalkosten orientiere. Angesichts der Tatsache, dass Vertreter der Koalition immer wieder sagten, man müsse nicht mehr evaluieren, die Fakten seien klar, stelle sich doch die Frage, warum sie das denn jetzt nicht von Anfang an richtig machten und nicht jetzt ab Mitte 2016 ein Gesetz auf den Weg brächten, das die Finanzierung in den Griff bekomme, sodass dieses Thema hier aus dem politischen Raum herausgeräumt werden könnte und die Träger auf eine sichere Basis gestellt würden.

Von daher könnten die Freien Demokraten dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, weil es eben zu kurz gesprungen sei, was die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen vorschlugen. Vielmehr machten sie es sich zu einfach, wenn sie nur probierten, über die Landtagswahl herüberzukommen, anstatt dieses grundlegende Problem zu klären.

Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS) erklärt, dem Irrtum, der offensichtlich immer wieder bei der Opposition aufkomme, entgegenzutreten zu wollen, dass die Landesregierung ausschließlich Bundesgelder weiterleite. Wer in den Gesetzentwurf hineinschaue, erkenne, dass zwar die Gelder aus dem Betreuungsgeld, 431 Millionen € insgesamt, direkt in die Kindertagesbetreuung weitergeleitet würden, aber das Land auch selbst Geld in die Hand nehme, nämlich 200 Millionen €, um damit weiterhin das Kindertagesbetreuungssystem zu finanzieren; insgesamt führe dies zu einer Dynamisierung von 5,3 %. Sie habe von Anfang an gesagt, dass dies nicht das Ende sei, sondern dass das ausschließlich für einen Übergangszeitraum gelten solle, weil jetzt die Eckpunkte für ein neues Gesetz vorgelegt würden. Dies sei in der Anhörung ausschließlich begrüßt worden. Insoweit sei sie dankbar, dass alle an diesem neuen Entwurf und an den Eckpunkten in sehr konstruktiver Weise mitarbeiteten.

Bernhard Tenhumberg (CDU) entgegnet, wer bei der Anhörung dabei gewesen sei, müsse zu dem Ergebnis kommen, dass die Situation in den Bereichen Kita und Kindertagespflege auch mit diesem Gesetzentwurf nicht entschärft werde, sondern die Verluste, die seit 2011 anfielen, lediglich in etwas abgeschwächter Dimension anstiegen. In den Stellungnahmen aller Beteiligten sei dokumentiert, dass die Verluste 1,3 Milliarden € per Stand 2019/2020 nicht erreichen würden, dafür aber die heutigen Verluste von 400 Millionen auf 800 Millionen € stiegen. Diese Fakten ließen sich nicht mit Prozentsätzen schönreden. Fakt sei auch, dass es allen Trägergruppen an Geld fehle. Welche Konsequenzen es habe, wenn Geld fehle, wenn die Auskömmlichkeit der Kindpauschalen nicht gewährleistet sei, hätten Vertreter der Gewerkschaften einschließlich des Gemeindeunfallversicherungsverbandes und der Berufsgenossenschaft in vielen Gesprächen immer wieder deutlich gemacht.

In der Anhörung seien dringliche Appelle, die Auskömmlichkeit zu garantieren, deutlich geworden, weil das fehlende Geld eben nicht nur dazu führe, dass Kredite aufgenommen würden, sondern dass auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

darunter litten, ganz zu schweigen von der Qualität der Erziehung. Deshalb sei er, Tenhumberg, dem Stenografischen Dienst ausdrücklich dafür dankbar, dass er in hervorragender Schnelligkeit das Protokoll der Anhörung erstellt habe; angesichts der personellen Besetzung dieses Bereiches sei dies sicherlich ein Kraftakt gewesen. Dafür spreche er vonseiten der CDU einen herzlichen Dank aus. –

Wichtig sei, dass die Bundesgelder direkt in den laufenden Kitabereich weitergeleitet würden; wenn man Qualität haben wolle, nütze es nichts, wenn erst einmal in Beton investiert werde. Aber dieses Geld werde eben nicht direkt weitergeleitet. Es seien 431 Millionen € Betreuungsgeld für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt worden, davon nehme die Landesregierung vorab 100 Millionen € weg, die sie in Steine und Beton investiere, sodass für die Qualität in den Kitas nur noch 331 Millionen € übrig blieben.

(Widerspruch von der SPD)

– Die SPD habe bekanntlich etwas Schwierigkeiten, das alles nachzuvollziehen, weil sie sich die Zahlen und die Situation in den Kitas nicht vor Augen führe. Würde sie die Folgen der Nichtauskömmlichkeit der Kindpauschale kennen, dann wüsste sie, dass die 331 Millionen verteilt auf drei Jahre gar nichts seien. Die Situation vor Ort sei dramatisch. Freistellungen von Leitungen gebe es faktisch kaum noch. Der Personalwert 1 werde in der Realität kaum noch erreicht. Die wirklichen Verhältnisse vor Ort seien noch viel schlimmer, als der Personalschlüssel von 1 darstelle.

Herr Tenhumberg fährt fort, die Dynamisierung jetzt mit irgendwelchen Prozentsätzen schönzureden, bedeute nichts anderes, als vielen Menschen Sand in die Augen zu streuen. Im Gesetzentwurf stehe die Erhöhung von 1,5 auf 3 %. Fakt sei aber, dass die Tarifpartner etwas anderes beschlossen hätten. Darin stehe, dass real netto unterm Strich eine Tarifierhöhung im letzten Kitajahr zum Beispiel von 4,2 Minimum dagewesen sei; dies hätten im Übrigen die Sachverständigen in der Anhörung auch bestätigt. Allein dadurch, dass man hier die Dynamisierung von 1,5 auf 3 % definiere, fehle Geld für die tatsächlichen Kostensteigerungen in erheblichem Umfang.

Im Übrigen tue das Land so, als wenn diese Tarifierhöhung bzw. diese Dynamisierung, die man jetzt mit 3 % definiere, vom Land allein bezahlt werde; zur Wahrheit gehöre, dass in gleicher Höhe die kommunale Gemeinschaft mit 61 Millionen € beteiligt sei, dass die Träger ebenfalls mit 21 Millionen € beteiligt sind und dass die Eltern mit 32 Millionen € beteiligt wären, wenn man die 19 % unterstellte, die nicht erreicht würden, wobei dann bitte Differenz zusätzlich zulasten der kommunalen Gemeinschaft gehen solle.

Aus all diesen Gründen sei festzuhalten, dass es auf jeden Fall nicht ausreiche, und deshalb hätten viele Sachverständige gesagt, dass der Antrag von FDP und CDU genau der richtige sei.

(Lachen und Widerspruch von der SPD)

– Die Sachverständigen, die von den Oppositionsfractionen eingeladen worden seien, fühlten sich doch veräppelt, wenn man hier ihre Sachargumente nicht zur Kennt-

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

nis nehme. Diese Sachverständigen hätten das alles bestätigt; man müsse nur lesen, was im Protokoll stehe.

Der Redner spricht nunmehr die zusätzliche Landesforderung zu den Kindpauschalen an, die erst einmal mit einem Versprechen auf Landesmittel verbunden sei. Allerdings sei die Konnexitätsfrage wieder einmal nicht geklärt worden. Man sei also nicht in der Lage gewesen, die Konnexitätsfrage zu klären, weil die kommunale Gemeinschaft ausdrücklich darauf hingewiesen habe, sie sei nur ohne Anerkennung der Konnexität damit einverstanden, was bedeute, dass das Land diese knapp 300 Millionen € alleine zahlen möge. Was die Zahlen angehe, habe er, Tenhumberg, schon deutlich gemacht, dass die Mittel bei weitem nicht ausreichten, die jetzige Qualität oder die gewünschte Qualität zu gewährleisten, die Kinder für Erziehung und Bildung im Kitabereich benötigten.

Hier habe man zum dritten Mal die Chance vertan, das System zukunftsfähig aufzustellen. Der Gesetzentwurf schein eher dazu da zu sein, über den Wahltermin 2017 hinwegzukommen. Deswegen gebe es ein Versprechen, ohne einen Vertrag zu machen und sich zu verpflichten, 2019 die Auskömmlichkeit tatsächlich herzustellen.

In dem Haushalt, den die rot-grüne Koalition mit Mehrheit beschlossen habe, stünden die Fakten zur mittelfristigen Finanzplanung. Deshalb werde man sicherlich in der Lage sein, heute zu sagen, wie die 331 Millionen € aufgeteilt würden. Abschließend stellt Herr Tenhumberg die Fragen, welcher finanzielle Betrag 2017 für die zusätzliche Landesförderung zu den Kindpauschalen zur Verfügung stehe, welchen Betrag die Landesregierung für das Haushaltsjahr 2017 bezüglich der Erhöhung von 1,5 auf 3 % vorgesehen habe, und welche Kosten für die Erhöhung beim Belastungsausgleich im Haushalt 2017 veranschlagt worden seien; dort sei der Satz von 19,96 auf 22,46 € erhöht worden.

Wolfgang Jörg (SPD) kündigt an, sich kurzzufassen, weil er solche Statements der Opposition für hanebüchen halte, sie hätten mit der Realität wenig zu tun; er werde versuchen, die Replik in ein paar Sätzen zu komprimieren. Erstens habe die CDU gefordert, die Dynamisierung auf 2,5 % zu erhöhen. Dass die Regierungsfractionen 3 % hingekriegt hätten, sei natürlich blamabel für die Opposition. Zweitens hätten die Regierungsfractionen die 430 Millionen € ins System der Kita gebracht, 100 Millionen € davon für Investitionen im Ü3-Bereich, was auch dringend nötig sei, weil natürlich viele Flüchtlinge ins System aufgenommen werden müssten; dies sei gut investiertes Geld. Kein Träger, keine Kommune, habe etwas dagegen, sondern sie unterstützen die Landtagsmehrheit hierbei sehr intensiv.

Die Opposition habe für sich selbst nicht geklärt, ob sie ein Landesbetreuungsgeld wolle oder nicht. Sie habe sich immer für ein Betreuungsgeld, für „echte Wahlfreiheit“ ausgesprochen. Im Umkehrschluss bedeute das ganz klar, sie hätte diese 430 Millionen € nicht weitergeleitet. Hier jetzt zu beklagen, dass das nicht reiche, sei insoweit ein Witz, als sie seit 2010 keinem einzigen Antrag zugestimmt habe, der zu einer Verbesserung der Kitalandschaft hätte beitragen können. Sie habe keinen eigenen

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Antrag gestellt, der im Haushalt ein Volumen beschrieben habe, durch das tatsächlich eine Verbesserung eingetreten sei.

Von der Regierungsseite und von den regierungstragenden Fraktionen werde man kein Wort dazu hören, dass jetzt alles gut sei. Ganz im Gegenteil, die SPD habe es von vornherein so kommuniziert, dass dies jetzt das Geld sei, das sozusagen reiche, um ein neues Gesetz zu schaffen. Die SPD sei mit ihrem Partner, mit den Trägern und den Kommunen in diesem Jahr auf dem Weg, Eckpunkte zu formulieren. Das Entscheidende dabei sei der Wiedereinstieg der Kommunen; denn die größte Schwierigkeit, mit der vorher niemand gerechnet gehabt habe, sei 2011 gewesen, als die Kommunen aus der paritätischen Finanzierung ausgeschieden seien. Das sei 14 Tage, bevor Rot-Grün ein Gesetz verabschiedet habe, gewesen; dadurch seien die Pläne natürlich torpediert worden.

Deshalb sei es umso erfolgreicher, und umso besser, dass die beiden Fraktionsspitzen von Rot-Grün jetzt erreicht hätten, dass die Kommunen wieder mit an den Tisch kämen. Jetzt könne man auch wieder über ein ganz anderes Volumen reden, wenn sie weiter mitfinanzierten. Aus vielen Gesprächen mit den Trägern und den Kommunen, habe er, Jörg, den Eindruck, dass sie mit dem Weg, den die Landesregierung jetzt eingeschlagen habe, sehr zufrieden seien. Sie sähen, dass Rot-Grün alles dafür tue, um die Situation zu verbessern. Seit 2010 seien Rot-Grün die einzigen, die überhaupt noch Geld ins System gegeben und die Qualität in den Kitas sukzessive verbessert hätten, während alle anderen sagten, sie könnten aus irgendwelchen Gründen nicht mehr.

Dass Rot-Grün jetzt vor einem größeren Wurf stehe, der ein Gesetz zur Folge haben werde, was dann auch in den nächsten Jahren stabil und ohne Veränderung bleiben werde, sei ein guter Weg. Dass die Opposition das neide, sei verständlich; weil sie dieser Regierungskoalition ein schlechtes Gesetz in die Wiege gelegt gehabt habe. Rot-Grün habe also versucht, es unter den Bedingungen, die seit 2011 gegeben gewesen seien, nämlich ohne die Kommunen, sukzessive zu verbessern, was sicherlich auch gelungen sei. Es gebe keinen Träger, der sage, dieser Weg sei nicht in Ordnung und den würde er nicht mitgehen. Ganz im Gegenteil erfahre Rot-Grün große Unterstützung in der Szene, in den Kitas. Bei allen Veranstaltungen, die er, Jörg, besuche, erlebe er das. Von daher glaube er, dass die Opposition eine ganz einsame Meinung vertrete, wenn sie hier sage, alles wäre alles schlecht und mies, und eigentlich brauchte man viel mehr Geld. Sie habe den Beweis dafür, dass sie das ernst meine, haushalterisch nie angetreten; sie habe noch nicht einmal geklärt, ob sie die 430 Millionen € tatsächlich genauso wie Rot-Grün durchgeleitet hätte, weil ihr ja immer noch ein Landesbetreuungsgeld vorschwebte. Da jetzt also jetzt nicht viel von der Oppositionskritik übrig bleibe, stimme die SPD-Fraktion heute natürlich sehr erfreut auch im Sinne der Träger und der Kommunen diesem Gesetz zu. Abschließend bedankt sich der Redner ausdrücklich bei der Landesregierung dafür, dass sie noch einmal zusätzliches Geld in die Hand genommen habe, was ein sicheres Zeichen dafür sei, dass die Situation in den Kitas richtig eingeschätzt werde.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Andrea Asch (GRÜNE) führt aus, dass die Anhörung sowohl in den schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen als auch in den mündlichen Beratungen sehr deutlich gezeigt habe, dass die Maßnahmen, die jetzt hier gesetzlich normiert werden sollten, den Kitas 5,8 % mehr für die nächsten drei Jahre zur Verfügung zu stellen, einhellig begrüßt worden seien. Es habe keinen Sachverständigen gegeben, der nicht gesagt hätte, dass dies eine wichtige und zu begrüßende Maßnahme sei. Insofern stelle sich die Frage, in welcher Realität sich Herr Tenhumberg bewege. Indem Rot-Grün aus Landesmitteln jetzt die Kindpauschalen zusätzlich erhöhe, sei eine Möglichkeit gefunden worden, dass die Kommunen endlich mitgingen, die Dynamisierungsquote, die auch von Ihnen mitzutragen sei, zu erhöhen.

Der CDU-Fraktion hätten die Kommunalen Spitzenverbände in einer Anhörung in der Villa Horion einmal sehr deutlich gemacht, dass mit ihnen eine Erhöhung der Dynamisierung nicht zu machen sei; damit würden sie sofort vor das Landesverfassungsgericht ziehen. Insofern sei es völlig substanzlos, der Regierungskoalition jetzt vorzuwerfen, mit dieser Maßnahme zu spät zu kommen. Den Durchbruch habe Rot-Grün erreicht, indem den Kitas aus Landesmitteln diese 330 Millionen € zur Verfügung gestellt worden seien. Damit seien alle sehr zufrieden, die Sachverständigen seien zufrieden, die Kommunen seien zufrieden, die Träger seien zufrieden. Die einzige, die herummeckere, sei die Opposition, und das vor dem Hintergrund, dass auch heute wieder jeglicher Antrag von ihrer Seite fehle. Im Fachausschuss dürfe erwartet werden, dass sich Meckereien auch einmal in einem Antrag niederschlagen, weil dies das parlamentarische Mittel sei, um eigene Vorschläge einzubringen. Nichts davon sei zu sehen. Der einzige Beitrag der Opposition sei gewesen, dass sie die Kindpauschale um 1 % erhöhen wolle; aber dieser Vorschlag bleibe weit unter dem, was Rot-Grün vorschlage. Da aber auch das sich nicht in einem Haushaltsantrag niedergeschlagen habe, sei zu konstatieren, dass sich die Opposition hier darauf beschränke, heiße Luft und Sprechblasen abzusondern.

Rot-Grün könne sehr zufrieden sein, wie es laufe; alle Träger hätten gesagt, sie freuten sich auf den Prozess der Erstellung der Eckpunkte für ein neues Gesetz und seien froh, dass dieser Prozess in einer partizipativen Form angegangen werden solle. Dies bedeute, dass die Eckpunkte gemeinsam mit den Trägern, mit den Kommunalen Spitzenverbänden, und auch mit den Erzieherinnen und Erziehern beraten würden. Wenn man wolle, dass das Gesetz auf eine gute Grundlage gestellt werde, dann brauche es dafür Zeit. Im Übrigen habe die schwarz-gelbe Landesregierung auch fast zwei Jahre gebraucht, um ein Gesetz vorzulegen.

Es seien viele Akteure in diesem Feld, und es seien viele Interessensausgleiche herzustellen. Dies wolle Rot-Grün tun, indem die Akteure beteiligt würden, anstatt ihnen hier ein Gesetz einfach nach dem Motto „friss oder stirb“ vor die Nase setzen. Rot-Grün gehe diesen Prozess mit ihren Partnerinnen und Partnern sehr ernsthaft an.

Wenn die Opposition moniere, Rot-Grün nähme jetzt noch zu viel Zeit in Anspruch, dann solle sie nur an ihren Antrag auf Evaluation denken; auch da hätten die Sachverständigen eine deutliche Rückmeldung gegeben. Sie hätten gesagt, man brauche jetzt keine Evaluation mehr, die noch einmal zwei Jahre in Anspruch nehme.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Der positivste Kommentar zu dem Antrag der Opposition sei „nice to have“ gewesen, es wäre vielleicht ganz nett, wenn man das hätte, aber viel wichtiger sei, jetzt in den Prozess der Entwicklung eines neuen Gesetzes zu gehen und nicht erst noch Zahlen und Daten zu sammeln.

Abschließend richtet die Rednerin das Wort an Herrn Tenhumberg und erinnert daran, dass sie den Vorsitz während dieser Anhörung innegehabt habe. Sie habe Fragen von Herrn Tenhumberg an Sachverständige als peinlich empfunden, so zum Beispiel die Frage, ob das Geld, das Rot-Grün den Kitas über die Kommunen zur Verfügung stelle, jetzt tatsächlich an die Kommunen weitergeleitet werde, obwohl dies Gegenstand der Änderung des § 21 gewesen sei. Dies zeige, wie wenig Herr Tenhumberg sich auf solche Anhörungen vorbereite. Außerdem habe er über fast drei Protokollseiten einen Vortrag gehalten, statt die Sachverständigen wirklich zu befragen. Wenn er eine Anhörung dazu nutze, Sachverständige mit seinen eigenen Sichtweisen überziehen, dann wundere es nicht, dass er eine solche falsche Wahrnehmung von den Antworten der Sachverständigen habe.

Olaf Wegner (PIRATEN) stellt heraus, egal, wie sehr die regierungstragenden Fraktionen jetzt immer den ersten Halbsatz aus allen Erklärungen zitierten, natürlich begrüßten alle Träger, dass sie jetzt etwas Geld bekämen. Wer verhungere, sei über jeden Krümel froh und sage bestimmt nicht demjenigen, der ihm einen Krümel gebe, er wolle ihn nicht. Danach seien jedoch in den Erklärungen einige ganz großes Aber gekommen. Sie hätten gelautet, das werde sowieso nicht ausreichen; ein paar würden, um bei diesem harten Bild zu bleiben, verhungern. Es seien zum Teil Zahlen genannt worden, wie viele Kitas schon geschlossen worden seien. Das Erzbistum Essen habe dies ganz klar mit Zahlen belegt, was Rot-Grün jetzt gar nicht mehr tun könne, weil man es nicht dokumentiert habe.

Es gehe immer um die Frage, wie die Kitas unter Umständen gerettet würden; im Endeffekt trügen dann wieder die Kommunen die Kosten. Auf jeden Fall hätten wirklich ausnahmslos alle bestenfalls gesagt, die Finanzierungslücke werde nicht geschlossen. Die Mehrheit habe eigentlich gesagt, bestenfalls reiße in den nächsten drei Jahren die Finanzierungslücke nicht so schnell weiter auf, wie sie vorher schon aufgerissen sei. Das bedeute, Rot-Grün nehme nicht den Druck aus den Kesseln, bestenfalls Sorge Rot-Grün dafür, dass der Druck nicht mehr weiter ansteige, was bei einem Kessel, der kurz vor dem Explodieren sei, unverantwortlich sei. Egal, ob man das jetzt auch so sehe, wie es Kritiker sähen, oder wie es wie die CDU und die FDP sähen, dass es unbedingt zu einer Evaluation kommen müsse, gebraucht würden jetzt Sofortmaßnahmen; denn ausnahmslos alle Sachverständigen sagten, das Geld werde nicht reichen, es werde auf jeden Fall weiter zu Schließungen bzw. zu Abgaben von Kitas an die Kommunen kommen.

Wenn das Geld nicht reiche, dann sei die Maßnahme ungenügend. Da es natürlich jetzt für eine Oppositionspartei ziemlich schwierig sei, zu sagen, was konkret zu geschehen habe, habe sich seine Fraktion entschlossen, sich jetzt nicht querstellen;

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)

30.06.2016

Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)

sl-jo

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

aber zustimmen könne sie auch nicht. Deswegen werde sie sich zu dem Gesetzentwurf enthalten.

Auch wenn seine Fraktion einige Kritikpunkte an dem Antrag der CDU und der FDP habe, werde sie ihm trotzdem zustimmen, weil es in der derzeitigen Situation der richtigere Weg wäre, zumindest, wenn man die Alternative der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen dagegenhalte.

Marcel Hafke (FDP) bemerkt, hier laufe eine interessante Debatte; weil Frau Asch gesagt habe, dass die Opposition keine Vorschläge gemacht habe, wolle er die drei Punkte, die vonseiten der Opposition genannt worden seien, noch einmal mit Inhalt versehen, zumal dies auch in der Anhörung mitdiskutiert worden sei.

Das Thema Evaluation besage nicht, dass man rückwirkend alle Details durchleuchte. Vielmehr gehe es darum, dass aktuell der Opposition und wohl auch den regierungstragenden Fraktionen nicht alle Zahlen, Daten und Fakten vorlägen; dies hätten die Experten im Rahmen der Anhörung im Übrigen bestätigt. Hätte man diese Zahlen und Daten, dann könnte die Regierung zum Beispiel berechnen, wie auskömmliche Pauschalen aussehen müssten. Man könne eine auskömmliche Finanzierung nur sicherstellen, wenn man die Grundlage kenne. Rot-Grün weigere sich jetzt seit Jahren, eine Evaluierung vorzunehmen, und habe in diesem Zusammenhang sogar das Gesetz gebrochen.

Zumindest seien sich alle Experten einig, dass man einen wissenschaftlichen Index brauche, der regelmäßig nach Mietkostensteigerungen und Personalkostensteigerungen die Pauschalen erhöhe. Die Frau Ministerin habe gerade so schön ausgeführt, wie ihre Mittel aussähen; das sei alles in Ordnung, und das habe er, Hafke, im Übrigen auch nie kritisiert. Was er kritisiere, sei, dass sie jetzt keine auskömmliche Finanzierung organisiere. Es werde im nächsten und übernächsten Jahr wieder Tarifsteigerungen geben, und sie würden dann vielleicht die 3 % übersteigen, was bedeutete, dass sich die Situation in den Kitas wieder verschärfte. Bei einer Tarifsteigerung von 4 % gäbe es schon wieder ein beträchtliches Delta.

Da man ihm anscheinend nicht immer so sehr glaube, zitiere er nun Professor Strätz, den auch Rot-Grün sehr schätze, um es zu kurz zu machen: „Die zusätzlichen Mittel sind sehr begrüßenswert, aber nicht ausreichend“.

Von ausreichenden Mitteln rede Rot-Grün seit sechs Jahren. Jetzt stehe Nordrhein-Westfalen vor einer Wahl. Rot-Grün wisse zurzeit noch nicht, ob es in der Regierung bleibe; nach einer Umfrage habe Rot-Grün keine erneute Mehrheit mehr. Möglicherweise verpasse Rot-Grün jetzt die letzte Chance; denn Rot-Grün hätte die Opposition an ihrer Seite, wenn sie ein vernünftiges und auskömmliches Gesetz auf den Weg brächte. Hier gehe es jetzt aber wieder nur um einen Tropfen auf den heißen Stein.

Nicht zu akzeptieren sei, dass laufend Trägerabgaben erfolgten. Zum Beispiel seien es im Erzbistum Köln 45 Trägerabgaben gewesen, was dazu führe, dass die Kommunen das bezahlen müssten, während die SPD und die Grünen zu allererst die mangelnde Trägervielfalt beklagten.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Da die Kollegin Asch immer behauptete, die FDP bringe hier nichts ein, so der Abgeordnete Hafke, erinnere er daran, dass er als Freier Demokrat zwei Vorschläge gemacht habe, wie eine Finanzierung aussehen könnte.

Erstens habe er hier mehrfach gesagt, dass er anstelle der Beitragsfreiheit, die Rot-Grün mit Kosten in Höhe von 150 Millionen € ins Gesetz geschrieben habe, diese 150 Millionen € viel lieber bei den Pauschalen in der Qualitätssicherung sähe. Zwar halte er es für richtig, dass mittelfristig Beitragsfreiheit gewährt werde, sofern man sie sich leisten könne; aber im Moment könne das Land sie sich nicht leisten. Von daher sei ihm eine vernünftige Ausstattung der Kitas wichtiger.

Zweitens stehe in Punkt 3 des Oppositionsantrags der Vorschlag, das Finanzierungssystem zu vereinfachen, was auf gut Deutsch heiße, die bürokratischen Pauschalen, die Rot-Grün auf den Weg gebracht habe, abzuschaffen, das Geld zu nehmen und die Kindpauschalen zu erhöhen; denn es sei total egal, ob es um Gelsenkirchen oder Minden gehe, die Kitas hätten alle die gleichen Probleme, sie seien alle finanziell mies ausgestattet. Anders sei es nur bei einer Kita mit einem jungen Personalstock.

Im Übrigen wären diese Zahlen und Daten auch einfacher zu diskutieren, wenn die Regierung einfach eine Evaluation machte, sodass dem Parlament die erforderlichen Informationen vorlägen; da dies nicht der Fall sei, könne man es nur aus den Gesprächen herauskristallisieren. Es könne also niemand sagen, die FDP habe keine Vorschläge gemacht, sie lägen auf dem Tisch.

Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS) bemerkt zu Herrn Hafkes Forderung, die Finanzierung neu zu organisieren, dass Rot-Grün genau das im Rahmen dieses neuen Gesetzes und der Erstellung der Eckpunkte mache. An Herrn Wegner gewandt äußert sie, dass für sie mehr als eine halbe Milliarde € kein Hohn sei, sondern Geld, das die Kitas dringend brauchten und mit dem zur Stabilisierung der Situation in den Kitas beigetragen werde.

Mit Blick auf die Ausführungen von Herrn Tenhumberg erinnert die Ministerin daran, dass schon in der Anhörung zum damaligen Kinderbildungsgesetz, also vor sechs Jahren, eine Mitarbeiterin von ver.di gesagt gehabt habe, 1,5 % Dynamisierung der Pauschalen seien nicht ausreichend. Die CDU und die FDP hätten damals wider besseren Wissens diese 1,5 % auf den Weg gebracht und folglich das Problem, über das heute geredet werde, mit ihrem Antrag „Kita-Kollaps verhindern“ selbst gemacht.

Rot-Grün habe inzwischen mehr als 2,5 Milliarden € in die Kitas gesteckt, also wesentlich mehr als doppelt so viel wie CDU und FDP. Deshalb gebe es heute auch mehr Kitas als noch vor ein oder zwei Jahren. Insoweit könne kann gar nicht die Rede davon sein, dass viele Kitas tatsächlich schon geschlossen hätten.

Sodann erinnert die Rednerin Herrn Tenhumberg daran, dass Rot-Grün mit den 3 % oder insgesamt 5,3 % Dynamisierung der Kindpauschalen mehr erreiche, als die Opposition in den Beratungen vor einigen Wochen gefordert gehabt habe; sie habe lediglich 2,5 % gefordert. Daher frage sie sich, wo eigentlich der Ansatzpunkt für die

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Kritik der Opposition sei, wenn Rot-Grün mehr Geld in die Kindertagesbetreuung stecke, als die Opposition zu fordern wage.

Wie wenig ernst die Opposition das Thema nehme, zeige sich daran, dass eben gesagt, worden sei, Rot-Grün stecke 100 Millionen € in Beton; hier gehe es angesichts der Flüchtlingskinder und der erhöhten Geburtenrate um absolut wichtige Plätze für die Kindertagesbetreuung.

Ministerialdirigent Manfred Walhorn (MFKJKS) führt aus, die Landesregierung habe die 331 Millionen € genommen und sie auf die geplante und prognostizierte Kinderzahl in den nächsten drei Kindergartenjahren bezogen. Nun gehe sie im Haushalt 2016 von 56,9 Millionen, im Haushalt 2017 von 129 Millionen und im Haushalt 2018 von 145,2 Millionen € aus.

Das Land bekomme nach gegenwärtigem Stand das Betreuungsgeld drei Haushaltsjahre lang vom Bund und setze es auch nach dem Gesetzentwurf, der dem Parlament vorliege, für drei Kindergartenjahre ein. Die Jahre seien nicht identisch, das gehe noch in das Jahr 2019 hinein.

Wenn er jetzt vermute, worin die Sorge des Abgeordneten begründet sein könnte, könne er sie sicherlich entkräften, indem er auf den Einzelplan 20 hinweise. Die Landesregierung habe im Einzelplan 20 eine zweckgebundene Einnahmeposition mit dem Betreuungsgeld für die Kindertagesbetreuung gebildet; wenn die Kinderzahlen abwichen, werde das Land im Hinblick auf die Ausfinanzierung im Kindergartenjahr 2018/19 sicherstellen, dass das Geld voll in die Kitas gehen werde.

Zum Belastungsausgleich finde man die Zahlen im nächsten Haushalt; im Haushalt 2016 seien es ungefähr 270 Millionen € für den Belastungsausgleich U3-Ausbau, den das Land den Kommunen zahle, und für die Steigerung, die gemeinsam im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfung mit den Kommunalen Spitzenverbänden ermittelt und konsentiert worden sei, steige dieser Betrag, in ihm gehe auch eine gestiegene Kinderzahl ein, weil der Ausbau in großen Schritten weitergehe. Für den Haushalt 2017 seien 323 Millionen € angemeldet, also eine Steigerung von 270 auf 323 Millionen, das Land werde dann den Kommunen fast 60 % der U3-Kindpauschale zahlen. Die Steigerung sei deshalb so hoch im Vergleich, weil der Sprung auf die 22 % in diesem Jahr nur ab August für fünf Monate eingehe und im nächsten Jahr für zwölf; dies komme noch aus Landesgeld dazu.

Bernhard Tenhumberg (CDU) stellt fest, dass die Landesregierung, die nach eigenem Bekunden seit 2010 in Gesprächen gewesen sei, bis zum Jahr 2016 nicht in der Lage gewesen sei, mit allen Beteiligten im Prozess eine zukunftssichere und tragende Lösung zu finden, sondern nur mit einem Beteiligten, der sich noch aus nachvollziehbaren Gründen human geäußert habe. Er, Tenhumberg, habe des Öfteren gesagt, wenn die Regierung oder die regierungstragenden Fraktionen in der Lage seien, alle Beteiligten an den Tisch zu bekommen und die Unterschriften für ein neues Gesetz zu erwirken, dann sage die CDU ihre volle Unterstützung zu. Sorge Rot-Grün dafür, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzten und ein vernünftiges Gesetz

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

verabredeten, das den Kindern und deren Eltern diene, dann werde die CDU dem selbstverständlich zustimmen.

Sodann kündigt der Redner Korrekturen an, da hier wieder mit Zahlen herumgeschmissen worden sei. Eben sei die Zahl 5,3 von der Ministerin in den Raum geworfen worden; dann habe die politische Seite schon von 5,8 gesprochen, nämlich die Grünen, die nicht immer so ganz genau mit Zahlen umgingen. Der Redner wirft die Frage auf, was drei Jahre heute eigentlich bedeuteten, und beantwortet sie selbst dahin gehend, dass sich die Entwicklung der Kosten darin nicht widerspiegele; sie seien nicht zuletzt aufgrund der tariflichen Vereinbarungen wesentlich höher. Von daher könne Rot-Grün das gerne nachrechnen und sich auch mit den Gewerkschaften zusammensetzen, die es schon ganz genau auseinanderklamüsern würden.

Dann sei die Begrifflichkeit „die Kindpauschale wird erhöht“ verwendet worden; aber die Kindpauschale werde gar nicht erhöht, sondern es werde eine zusätzliche Landesfinanzierung zur Kindpauschale gewährt, die auf drei Jahre befristet sei. Man versuche hier also bestimmte Begrifflichkeiten hineinzubringen. Seine Frage in der Anhörung, ob das Geld tatsächlich in den Kita-Bereich weitergeleitet werde, habe sich genau auf den von Herrn Walhorn gerade angesprochenen Belastungsausgleich bezogen.

Herr Walhorn behaupte seit Jahren, dass diese Gelder in nennenswerter Höhe direkt an die Träger der Kitas weitergeleitet würden. Man könne im Protokoll nachlesen, dass es weitergereicht werde und sie verpflichtet seien, das weiterzuleiten. Da aber nichts verpflichtend sei, frage er Tenhumberg, auch immer wieder, wie viel denn von den Geldern an die Kitas weitergeleitet werde. Von Rot-Grün werde immer gesagt, es seien Zuwendungen für die Kitas; in Wahrheit hätten die Kita-Träger und die Erzieherinnen überwiegend nichts davon. Man kenne die Landräte, die Jugendämter und die Kämmerer. Es gebe keine Verpflichtung, weiterzuleiten; denn dies werde als eine Aufwendung für bereits erbrachte Leistungen angesehen. Deshalb sei es eine Mär, zu behaupten, das stünde den Kitas zur Verfügung. Nichts oder nur ganz wenig stehe den Kitas zur Verfügung.

Sodann kommt der Redner darauf zu sprechen, dass die Ministerin von einer Stabilisierung des Systems gesprochen habe. Es sei keine Stabilisierung des Systems, wenn sie heute 400 Millionen ausweise und in drei Jahren 800 Millionen € ausweisen müsse und dann vonseiten des Landes oder der Träger Kredite aufgenommen bzw. die Mitarbeiterzahlen reduziert werden müssten.

Der Abgeordnete möchte von der Ministerin wissen, ob sie sich schon einmal die Frage gestellt habe, warum damals alle Beteiligten diese 1,5 unterschrieben hätten, und zwar im Zusammenhang mit der Zusage, 2011 zu evaluieren, was Rot-Grün nicht gemacht habe. Des Weiteren fragt er die Ministerin, ob sie überhaupt die Hintergründe kenne, weshalb alle gesagt hätten, das machten sie bis 2011. Wahrscheinlich wisse sie über die Problematik der Träger Bescheid, dass sie in der Verpflichtung gewesen seien, 2013 die GTK-Rücklagen zurückzuzahlen; nur sage sie nicht, dass das sozusagen der Ausgleich für die fehlende Dynamisierung gewesen sei. 2011 sei diese Vereinbarung ausgelaufen, weil die wirtschaftliche Situation sich so dargestellt

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

gehabt habe, dass die GTK-Rücklagen gar nicht mehr vorhanden gewesen seien. Also solle die Ministerin der Opposition nichts in die Augen streuen. Es seien ganz bewusst 1,5 gewesen; aber 2011 habe das nicht ausgereicht, weshalb evaluiert und alles auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Das wolle Rot-Grün nicht wahrhaben, und deshalb habe sein Kollege recht, wenn er sage, dass einige hier im Ausschuss eine bewusste Geschichtsverfälschung betrieben.

Sodann empfiehlt der Redner dem Abgeordneten Jörg, die CDU- und FDP-Anträge von November bis heute einmal durchzulesen. Die Opposition habe zig Anträge zur Aufhebung des Problems der Nichtauskömmlichkeit der Kindpauschalen gestellt und auch Finanzierungsgrundlagen mitgeliefert. Es sei also einfach nicht wahr, dass CDU und FDP keine Anträge gestellt hätten. Ebenfalls sei nicht wahr, dass es im Landtag von Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf, sechs Jahren einen Antrag gegeben habe, Landeserziehungsgeld einzuführen. Genau das Gegenteil sei gerade von Herrn Jörg gesagt worden, die CDU-Fraktion hätte ein Landesbetreuungsgeld beantragt. Die CDU habe etwas ganz anderes gesagt, sie habe verlangt, komplett die 431 Millionen € in den laufenden Betrieb einzugeben.

Schließlich sei vom Abgeordneten Jörg gesagt worden, nur diese Regierung hätte mehr Geld ins System gegeben und sich an die Verbesserung des KiBiz gemacht. Wer die Finanzierungsproblematik und die Gegebenheiten jeder Kita kenne, wisse, dass nicht nur das Land mehr Geld in das System gegeben habe, sondern auch die Kommunen über freiwillige Leistungen in dreistelliger Millionenhöhe zusätzliches Geld freiwillig hineingegeben hätten. Herr Jörg verkenne auch, dass in den letzten sechs Jahren die Träger über Eigenmittel und Kreditfinanzierung Mittel eingebracht hätten. So zu tun, als sei nur das Land der einzige Wohltäter, sei einfach eine Verfälschung der Situation.

Wolfgang Jörg (SPD) erklärt zu dem letzten Punkt, selbstverständlich gebe es beim Gewährträger des Gesetzes, den Kommunen, eine kommunale Jugendhilfeplanung, da habe Rot-Grün gar nicht ausgeschlossen, dass an der einen oder anderen Stelle auch einmal Öffnungszeiten verlängert oder Regelungen gefunden worden seien, wo sich Kommunen engagierten; das streite niemand ab. SPD und Grüne hätten gesagt, sie seien die einzigen, die in dieses Gesetz seit 2010 investiert hätten, und das sei doch wohl auch nachvollziehbar.

Das, was man hier heute erlebe, so der Abgeordnete Jörg weiter, würden alle Abgeordneten bis zur Wahl in allen Ausschüssen erleben. Die Opposition werde mehr Geld für Polizei, mehr Geld für Justiz, mehr Geld für Breitbandausbau und mehr Geld für alles Mögliche verlangen, allerdings keine eigenen Initiativen in Richtung Haushalt unternehmen. Realisierte Rot-Grün davon auch nur annähernd irgendetwas, wäre die nächste Überschrift wieder: „Schuldenkönigin“. Da diese platte Strategie wirklich jeder durchschaue, würden Presseerklärungen der Opposition nicht mehr veröffentlicht, weil das so durchschaubar sei. Von daher werde man sich in allen Ausschüssen noch ein bisschen damit beschäftigen müssen, aber ernst nehmen könne man diese Initiativen wirklich nicht.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Zum Thema Gebühren stellt der Redner die grundlegend unterschiedlichen Meinungen der Fraktionen heraus. Armin Laschet habe so ziemlich als Erstes hohe ungerechte Elterngebühren in Nordrhein-Westfalen eingeführt, als er Minister geworden sei, Pinkwart habe Studiengebühren eingeführt; das sei das Steckenpferd der FDP gewesen. Es gebe Leute, die sagten, die Parteien würden sich nicht unterscheiden. Dazu könne er nur sagen, hier gebe es klare Linien. Dort säßen die Gebührenparteien, und dann nehme er die Fraktion der Piraten mit zu den Gebührenbefreiungsparteien, die Gerechtigkeit für Familien haben wollten, weil es ungerecht sei, dass Familien hohe Gebühren bezahlen und alle in der Gesellschaft davon partizipierten. Bildung müsse steuerfinanziert und nicht gebührenfinanziert sein, das sei eine ganz klare Linie. Steuererhöhungen fielen bestimmten Parteien besonders schwer, weshalb kann man die Parteien gut unterscheiden könne; einige gäben gern eine Milliarde aus, um Hoteliers von Steuern zu befreien. Rot-Grün würde gerne eine Milliarde ausgeben, um Familien von Gebühren zu befreien; das sei der Unterschied.

(Vorsitz Andrea Asch [GRÜNE])

Stefan Zimkeit (SPD) erklärt, er habe sich gemeldet, weil ihm wahrheitswidrig unterstellt worden sei, er hätte gesagt, es wäre Rot-Grün egal, ob Kommunen Einrichtungen übernehmen müssten. Vielmehr habe er sehr eindringlich darauf hingewiesen, dass hier mehrmals von Schließung von Kitas gesprochen worden sei. Es gehe nicht um Schließungen, sondern um etwas, was Rot-Grün auch nicht wolle, nämlich darum, dass Kommunen gegebenenfalls diese Einrichtungen übernehmen müssten. Das halte Rot-Grün für falsch, und deswegen hätten SPD und Grüne hier gehandelt und Dinge vorgelegt, die nicht die begeisterte Zustimmung der Träger gefunden hätten. Genauso logisch wie es sei, dass Träger sagten, sie fänden es gut, dass sie mehr Geld bekämen, sei es auch vollkommen logisch, dass Träger sagten, sie brauchten noch mehr Geld. Die Vertreter hätten ihren Job verfehlt, wenn sie das in einer solchen Anhörung nicht sagten. Insofern könne man das dann vernünftig einordnen. Er fordert Herrn Hafke eindringlich auf, seine falsche Behauptung zurückzunehmen.

Die angesprochenen 4,8 % Tarifsteigerungen verteilten sich nicht auf ein Jahr. Und selbst wenn sie sich auf ein Jahr verteilten, lägen die von der Ministerin gerade dargestellten 5,3 % immer noch darüber. Hier so zu tun, als habe das keine Wirkung und leiste keinen Beitrag, gehe also vollkommen an der Realität vorbei.

Herr Tenhumberg habe zum einen in der Anfangsdebatte unterstellt, dass die Mittel von den Kommunen und Trägern gar nicht an die Einrichtungen weitergegeben würden; allein dies stelle in der Debatte eine ziemliche Unverschämtheit gegenüber den Partnern des Landes dar. Dann habe er sich selbst widersprochen, indem er im nächsten Beitrag gesagt habe, es fließe davon kein Geld an die Kommunen, und Herr Jörg müsse doch wissen, dass die Kommunen 200 Millionen € als freiwilligen Beitrag zusätzlich einstellten. Da nur eine der beiden Aussagen richtig sein könne, zeige dies, wie er mit der ganzen Debatte umgehe: faktenfrei.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Daniel Düngel (PIRATEN) stellt an die Adresse des Abgeordneten Jörg klar, dass seine Fraktion Elternbeiträge selbstverständlich ausdrücklich mit einschließe. Die Piraten hätten dies hier in den Debatten schon mehrfach aufgebracht; Qualität und Elternbetragsfreiheit seien nichts, was man gegeneinander aufwiegen dürfe. Es sei gefährlich, diese Punkte miteinander zu vermischen; hier gebe er dem Abgeordneten Jörg recht.

Die Piraten hätten bereits 2014 im Landtag den Antrag gestellt, die Kindpauschale auf 3 % zu erhöhen, das sei allerdings von den Regierungsfractionen abgelehnt worden. Rückblickend betrachtet, wäre zum Zeitpunkt 2014 die Erhöhung tatsächlich sehr sinnvoll gewesen. Zwar sei von seiner Fraktion damals nicht beantragt worden, die Anpassung an einen wissenschaftlichen Index zu koppeln; Fakt sei aber, dass die Lücke zu dem damaligen Zeitpunkt nicht so groß gewesen wäre.

Die heutige Problematik bei den Trägern wäre bei einer zwei Jahre früher erfolgten Erhöhung nicht ganz so extrem gewesen, und es hätte auch nicht diese Kita-Schließungen bzw. -Übertragungen an die Kommunen gegeben, was aus seiner, Düngels, Sicht das Problem allenfalls ein bisschen besser gemacht hätte. Problematisch sei es auf jeden Fall, wenn ein Träger seine Kita abgeben müsse, weil er sie nicht weiter selber finanzieren könne; auch für die Eltern sei dies selbstverständlich ein Unterschied.

Die Strategie von Rot-Grün könne doch nicht ernsthaft sein, Probleme, die man in diesem Land angehen wolle, immer wieder wegzuschieben. Zu den Problemen gehöre, dass diese rot-grüne Landesregierung und auch die Vorgängerlandesregierung seit sechs Jahren dieses KiBiz akzeptierten, an der einen oder anderen Stelle Feinheiten justierten und an irgendwelchen kleinen Schraubchen drehten, es aber in sechs Jahren nicht geschafft hätten, dieses KiBiz dahin zu packen, wohin es gehöre, nämlich in die Tonne.

Die Evaluierung hätte damals erfolgen müssen; aber das hätte das Gesetz, das Rot-Grün seinerzeit verabschiedet gehabt habe nicht wesentlich besser gemacht. Jetzt habe das Land eine rot-grüne Landesregierung, die dies seit sechs Jahren nicht schaffe; wie glaubwürdig sei es dann, wenn diese Landesregierung circa anderthalb Jahre vor Ende der Wahlperiode ankündige, sie werde das ganz sicher in der nächsten Wahlperiode aufgreifen.

Hinsichtlich der Evaluierung müsse man sich jetzt entscheiden: Entweder lägen die Daten vor und es bedürfe keiner Evaluierung; dann könnten die Daten auch allen Parlamentariern zur Verfügung gestellt werden. Lägen die Daten nicht vor, dann brauche man eben eine Evaluierung, um alle Daten und Fakten auf einem Blatt zu haben, sodass jeder hier mit den gleichen Voraussetzungen arbeiten könne. Es gebe für die Regierungsfractionen nur diese beiden Wege, für einen müssten sie sich entscheiden. In der Argumentation es miteinander zu vermischen, sei jedenfalls ein bisschen schwierig. Die Sachverständigen in der Anhörung hätten dies erkannt und eine so große Evaluation nicht für erforderlich gehalten; aber an der einen oder anderen Stelle müssten jedoch noch Daten und Fakten zusammengetragen werden. Dies alles bringe die Fraktion der Piraten dazu, diesem Antrag zuzustimmen.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Karin Schmitt-Promny (GRÜNE) bringt ihre Verwunderung über die Pauschalität der Kritik zum Ausdruck. Herr Hafke werfe Vertretern von Rot-Grün Substanzlosigkeit vor; aber wer ihm gut zugehört habe, frage sich, wo die Substanz mancher seiner Äußerungen sei.

Die Rednerin fährt fort, sie könne absolut nicht nachvollziehen, wie Herr Tenhumberg als langjähriger Experte bei dieser Fragestellung sagen könne, 100 Millionen € in den Kita-Ausbau seien eine Investition in Beton. Herr Tenhumberg sollte doch schon einmal davon gehört haben, dass der Raum der vierte Pädagoge sei und das Kita-Angebot in diesem Land eines weiteren Ausbaus bedürfe. Außerdem sei schon länger davon gesprochen worden, dass es nicht nur um U3 gehe, sondern dass man auch weiterhin einen Ü3-Ausbau brauche.

Die Nachfrage nach den Daten sei ihr ein bisschen unverständlich, weil sie vor der Aufnahme ihrer Landtagstätigkeit auf der Trägerseite tätig gewesen sei und immer gedacht habe, dass doch viele Daten über das KiBiz-Web gesammelt würden, sodass bestimmte Daten, die Abgeordnete in Erfahrung bringen möchten, mit einer Anfrage zur Auswertung von KiBiz-Web vielleicht auch beizubringen seien. Dass das KiBiz von Rot-Grün akzeptiert worden sei, wie zu hören gewesen sei, dem widerspreche sie für ihre Fraktion entschieden. Das KiBiz hätten die Grünen zu keinem Zeitpunkt akzeptiert, und ab 2010 mit der Regierungsübernahme sei daran gearbeitet worden, das KiBiz grundlegend zu verändern.

Es habe die zwei Schritte der Pauschalen gegeben, die landesseitig eingeführt worden seien, weil zu diesem Zeitpunkt wegen der finanziellen Nöte der Kommunen nicht habe erreicht werden können, dass sie ihren Teil der Schrittigkeit mitgingen. Deshalb sei es auch nicht zu einem früheren Zeitpunkt zu einem anderen Gesetz gekommen. Die Grünen seien heilfroh, dass Rot-Grün mit dem jetzigen Schritt endlich an dem Punkt sei, dass die Kommunen mitzögen und somit jetzt die Basis dafür gegeben sei, ein verändertes Gesetz auf den Weg zu bringen.

Die Probleme aus dem KiBiz seien von vornherein vorhanden gewesen. Wenn gefragt werde, warum denn alle KiBiz akzeptiert hätten, mögen sich diejenigen, die damals schon dabei gewesen seien, daran erinnern, wie lange die Verhandlungen gedauert hätten, wie die Kommunen versucht hätten, gegen die freien Träger und die Trägerlandschaften zu arbeiten, und wie die Pauschalen und die 1,5 % von vornherein kritisiert worden seien. Unterschrieben habe man letztendlich, weil seinerzeit nicht mehr zu erreichen gewesen sei.

Auch den Grünen sei ein Qualitätsausbau noch wichtiger als die Elternbeitragsfreiheit. Aber wie Herr Hafke im Jahr 2016 zu sagen, die Elternbeitragsfreiheit müsse weg, und man hole die Finanzierung für eine bessere Ausstattung der Kitas aus der Rückführung der Elternbeitragsfreiheit, das könne nicht sein; denn dass die Eltern die Zeche zahlen sollten; sei keine Perspektive. Man könne sich darüber auseinandersetzen, wie es mit der Qualitätsentwicklung und möglichen weiteren Schritten in der Elternbeitragsfreiheit aussehe, aber nicht sagen, hier sei die Quelle für soundso viele 100 Millionen €.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Bernhard Tenhumberg (CDU) kritisiert, dass immer Pauschalsätze in den Raum geworfen würden, die man wieder korrigieren müsse, und kündigt an, zu vier Punkten Stellung beziehen zu wollen. Erstens kommt er auf seinen Hinweis zu dem zurück, was der Abgeordnete Jörg in seinem Redebeitrag nicht zur Kenntnis genommen habe, dass der aktuelle Antrag, den die CDU zusammen mit der FDP vorgelegt habe, im Punkt 2 der Forderung in völliger Klarheit nicht irgendeinen Satz fordere, sondern eine an einen Index gekoppelte Dynamisierung. Daher verstehe er überhaupt nicht, wie man behaupten könne, die CDU oder die FDP hätte etwas anderes gefordert. CDU und FDP forderten seit langem in diesem Ausschuss und im Parlament eine Dynamisierung, die mit einem noch zu bestimmenden Index gekoppelt sei.

Zweitens habe auch die CDU-Fraktion Beschlüsse gefasst, dass, weil Kita eine Bildungseinrichtung darstelle, selbstverständlich Gebührenfreiheit anzustreben sei. Nur habe die CDU eine andere Priorität als Rot-Grün gesetzt, weil bei der CDU die Qualität am Kind immer vorgehe.

Drittens müsse sich der Herr Kollege aus dem Hauptausschuss doch einmal ein bisschen näher mit dieser Materie beschäftigen, weil er von Schließungen und Übernahmen gesprochen habe. Alle müssten sich einmal überlegen, ob nicht durchaus Schließungen vor dem Hintergrund von Übernahmen vorkommen könnten, die dann über Investorenmodelle finanziert würden; in seiner Region sei das Tagesgeschäft. Investorenmodelle im Zusammenhang mit Kitabau seien für bestimmte Regionen eine echte Alternative, die sehr lukrativ und sehr interessant sei.

Viertens sei zu bedauern, dass nicht alle die Anträge der CDU von Dezember 2015 gelesen hätten, weil dann sicherlich mehr Abgeordnete seine Aussage bezüglich der „100 Millionen in Beton“ verstünden. Er habe nichts dagegen, dass 100 Millionen € in Kitas investiert würden, nur müssten Investitionen in Kitas mit Landesgeld bestritten werden. CDU, FDP und sogar die Piraten verlangten, eigenes Landesgeld in Höhe von 110 Millionen € mit einem Antrag im Dezember zum Haushalt in die Hand nehmen und dieses Geld in Kitas zu investieren, nämlich in Steine und Beton, weil man natürlich schöne Räumlichkeiten brauche. Außerdem wollten CDU und FDP das Betreuungsgeld, das Rot-Grün jetzt in Beton investiere, in den Kita-Bereich für eine Qualitätsverbesserung investieren. Seine Aussage, Rot-Grün investiere die 100 Millionen Betreuungsgeld in Beton, sei also nur zu verstehen, wenn man daran denke, dass CDU und FDP sie in Qualität am Kind investiert hätten.

Walter Kern (CDU) führt aus, die heutige Situation, dass nicht genug Geld für Kitas zur Verfügung stehe, habe ihre Ursache in einem klaren Gesetzesbruch. Er habe 2014 im Landtag dieses KiBiz mit erarbeiten dürfen und wisse als einer der Verantwortlichen genau, dass mit allen Trägern damals harte Verhandlungen geführt worden seien.

Am Ende hätten alle Träger unterschrieben und gesagt, mit der Pauschale könnten sie bis 2011 leben, weil schon in der Prognose, die auf Zahlen von 2005 basiert gehabt habe, festgestanden habe, dass etwa 2011 die Rücklagen aus dem alten GTK aufgebracht sein würden. Deswegen habe man in das Gesetz einen außergewöhnli-

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

chen Vorgang, eine Evaluation, hineingeschrieben. Wegen des Gesetzesbruchs, dass ab 2011 keine Evaluation erfolgt sei, die mehr Geld in das System gebracht hätte, liege die Verantwortung für die jetzige Situation ausschließlich bei Rot-Grün.

Natürlich gebe es Kommunen, die durchaus besser gestellt seien als die Ruhrgebietskommunen. Auch gebe es gerade im ländlichen Raum Kommunen, die zahlten, wenn die Träger mit dem Rücken zur Wand stünden, weil sie die Qualität, die dort geleistet werde, und die Vielfalt im Angebot durch freiwillige Zuschüsse aus ihren Haushalten sichern wollten. Dass die freiwilligen Zuschüsse etwa 200 Millionen € ausmachten, sei ist bereits vom Abgeordneten Tenhumberg angesprochen worden.

Der Redner fährt fort, dass es ein Erfolg sei, dass die Kommunen erneut im Boot seien, weil vom föderativen Aufbau her die Verantwortung für die Kindergärten dicht bei den Kommunen angesiedelt sei. Daher sei es ein Gewinn, dass die Kommunen wieder mit am Tisch säßen.

Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS) stellt fest, dass es offensichtlich noch einen weiteren Punkt gebe, bei dem die Landesregierung mehr investiere, als die Opposition sich zu fordern traue. Herr Tenhumberg habe gerade eben 110 Millionen gefordert, Rot-Grün investiere jetzt 200 Millionen landeseigene Mittel. Insofern sei Rot-Grün auf einem guten Weg, während CDU und FDP ihre Oppositionsarbeit an dieser Stelle noch einmal überdenken sollten.

Eben sei sie dabei gewesen, die offensichtlich an vielen Stellen nicht ganz korrekten Aussagen von CDU und FDP zu widerlegen. Sie habe hier das Konsenspapier vor sich und zweifle daran, ob diejenigen, die es eben angepriesen hätten, es selbst gelesen hätten; offensichtlich sei dies nicht der Fall, denn die 1,5 % kämen darin überhaupt nicht vor.

Ministerialdirigent Manfred Walhorn (MFKJKS) erklärt, Herrn Tenhumberg jetzt im Kern bestätigen zu können. Die Landesregierung habe es nie anders dargestellt, als dass der Konnexitätsausgleich, im nächsten Jahr 320 Millionen, die Ausgaben und Mehrbelastungen der Kommunen für die neue Aufgabe U3-Ausbau ausgleichen werde. Damit greife die Landesregierung den Kommunen unter die Arme und schütte es so aus, dass der Landesanteil an der Kindpauschale für die die unter Dreijährigen von 35 % demnächst auf fast 60 % gesteigert werde. Im Übrigen dürfe er auch aus der Innensicht daran erinnern, dass dies, als das Gesetz in den Landtag eingebracht worden sei, auch in dieser Größenordnung einer der entscheidenden Hebel der Landesregierung gewesen sei, um den völlig stagnierenden U3-Ausbau wieder flott zu kriegen. Auch freute er sich, wenn viele Kommunen dann die Senkung ihres Anteils in freiwillige Leistungen umsetzten.

Sodann ruft der Redner in Erinnerung, dass im Jahr 2010/11 die Landesregierung dem Landtag eine Untersuchung von Prognos und Riedel zu den Auswirkungen des Gesetzes vorgelegt habe, was in der Folgezeit hier zu heftigen Diskussionen darum geführt gehabt habe, ob die Rücklagen angebracht seien. Dann sei im Kern im Jahr 2011 ein Referentenentwurf vorgelegt worden, mit dem die Landesregierung die

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)

30.06.2016

Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)

sl-jo

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Kindpauschale habe erhöhen wollen, und dann habe es in der Stellungnahme die Erklärung der Kommunalen Spitzenverbände gegeben, abweichend von dem, was vorher besprochen worden sei, dass sie sich daran nicht beteiligten und erneut auf Konnexität klagten, wenn die Landesregierung das mache.

Danach habe es den weitgehenden Konsens gegeben, dass man aus grundsätzlichen Erwägungen diese Verschiebung der Anteile bei der Kindpauschale jetzt nicht akzeptiere und die Diskussion mit der kommunalen Seite fortsetze.

Nach seiner Wahrnehmung sei das Ergebnis, dass sich in den nächsten drei Jahren die kommunale Seite an den 3 % beteilige, jetzt mit ihr konsensfähig gewesen, während ein Index nicht konsensfähig gewesen wäre.

Vorsitzender Stefan Kämmerling gibt vor Eintritt in die Abstimmung bekannt, dass sich die Fraktionen des Ausschusses für Kommunalpolitik darauf verständigt hätten, heute zu diesen Gegenständen in Fraktionsstärke abzustimmen.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/11844 wird in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten angenommen.

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/11896 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei positivem Votum der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten abgelehnt.

Der **Vorsitzende** schließt die Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik und übergibt die Sitzungsleitung wieder an die **Vorsitzende Margret Voßeler** des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/11844 wird in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktion der

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)

30.06.2016

Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)

sl-jo

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten angenommen.

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/11896 wird bei positivem Votum der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

